

## Haushaltsrede 2007

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Ich nehme Ihnen sicherlich nicht die Spannung, wenn ich das Ergebnis vorweg nehme:

Dem Entwurf des Haushaltsplanes wird die Fraktion des BBL nicht zustimmen.

Und etwas anderes will ich auch gleich zu Anfang klarstellen:

Wir kritisieren diesen Haushaltsplan **und** sein Zustandekommen. Ich verlasse damit aber nicht einen Pfad der guten Zusammenarbeit. Einen solchen Pfad gibt es nämlich gar nicht. Wenn es ihn einmal gab, dann ist er jedenfalls nicht von der BBL zugeschüttet worden. Unsere Kritik ist auch nicht unverschämt. Wenn Sie jedoch Kritik, so wie im letzten Jahr geschehen, mit Unverschämtheit verwechseln, dann allerdings sind wir unverschämt.

Lassen Sie mich einen Blick auf das werfen, was Ausgangspunkt des Haushaltes ist: Das ist die Eröffnungsbilanz mit den darin erhaltenen Eckwerten. Vor einem Jahr habe ich es an dieser Stelle so formuliert, dass der Haushaltsausgleich nur mit Tricks darzustellen war. Ich habe prognostiziert, dass wir den Ausgleich deshalb nicht schaffen werden. Ich habe Sie darauf hingewiesen, dass am Ende des Jahres die Verbindlichkeiten **um 6 bis 7 Millionen Euro höher** als ausgewiesen sein werden.

Schauen Sie sich den jetzt hier vorliegenden Haushaltsentwurf an:

Tatsächlich haben sich die Verbindlichkeiten unserer Stadt in 2006 um weitere **8 Millionen Euro** erhöht. Insgesamt ist der vorliegende Haushaltentwurf bereits zu Anfang mit **56 Millionen Euro** Schulden belastet. Nach dem Haushaltsentwurf wird sich die Verschuldung in diesem Jahr noch einmal um weitere rund 3 Millionen auf dann nahezu **59 Millionen Euro** erhöhen. Eine solche Explosion der Schulden kann man wohl kaum als Sparhaushalt oder gelungenes Kostensenkungsprogramm bezeichnen. Dabei wird es bei den 3 Millionen Erhöhungen nicht bleiben. Einigen Positionen des Haushaltes ist zu entnehmen, dass sie bei weitem nicht hinreichend sind.

Ein weiterer gewichtiger Grund dem Haushalt nicht zuzustimmen ist:

Wir können keinem Haushalt zustimmen, dessen wesentliche Grundlagen wir nicht kennen. Diese Grundlagen aber werden uns vorenthalten.

Dazu im Einzelnen:

Der Entwurf des Haushaltsplanes basiert auf dem Entwurf der Eröffnungsbilanz. Der vollständige Entwurf liegt der Verwaltung vor. Uns als Ratsmitgliedern liegt nur die einseitige Übersicht vor. Wie ich im Finanzausschuss bereits ausführte ist das formal ausreichend. Auch für die Öffentlichkeit dürfte es aber nicht nachvollziehbar sein, dass unsere Bitte, uns die detaillierten Daten zur Bilanz, fachtechnisch sind das Erläuterungen und Kontennachweise, zur Verfügung zu stellen, rigoros abgeblockt wird.

Ähnlich sieht dies im Hinblick des Haushaltsplanes selbst aus:

Viele Positionen sind lediglich als Zusammenfassungen dargestellt. Unter anderem sind die gesamten Zinsausgaben nicht danach aufgeschlüsselt, wofür Sie bestimmt sind. Der eine oder andere wird sich erinnern: Im letzten Jahr konnte ich durch die dort noch vorhandene Aufschlüsselung der Zinsen einen Betrag von 120.000,00 € für Kontokorrentzinsen finden.

Meine damaligen Recherchen ergaben dann, dass neue Kreditaufnahmen in Höhe von über 6 Millionen Euro für den Rückkauf des Gewerbegebietes Sülterheide als Kontokorrent aufgenommen werden sollten. Entgegen den gesetzlichen Vorschriften sah der Haushaltsplan des vergangenen Jahres diese Kreditaufnahme nicht vor und hat diese zusätzlichen Schulden auch nicht dargestellt.

Derartige Dinge kann ich in diesem Jahr überhaupt nicht überprüfen, weil mir ausdrücklich verwehrt wird, diese Einzelheiten einzusehen. In der Sitzung des Finanzausschusses ist vom Bürgermeister meine Bitte auf Einsicht in die mit Sicherheit zugrunde liegenden Excel-Tabellen abgelehnt worden. Auch andere Versuche die Einzelheiten des Haushaltsplanentwurfes einzusehen, waren erfolglos.

Das betrifft weiter z. B. auch die Rückstellungen und die Abschreibungen. Die Höhe der einzelnen Rückstellungen und die einzelnen Abschreibungen lassen für den geübten Leser einer Bilanz und eines Wirtschaftsplanes sehr weitgehende Rückschlüsse auf die beabsichtigten Maßnahmen zu. An Hand der Einzeldaten dürfte es beispielsweise durchaus möglich sein, die weitere Vorgehensweise im Hinblick auf PPP und dergleichen einzuschätzen.

Wir könnten mit Sicherheit Dinge erkennen, die man uns offensichtlich nicht wissen lassen will.

Das betrifft z.B. die Investitionen. Sie verstecken sich im Einzeltitel „Gebäudemanagement“. Auch hierzu gibt es die Einzeltabellen, die eine Zuordnung zu den einzelnen Gebäuden, d.h. insbesondere eine Zuordnung zu den einzelnen Schulen zulassen. Ich weiß, dass sie vorliegen. Die Einsichtnahme wird uns aber verwehrt. Das betrifft weitere Positionen. So beispielsweise im Bereich Grundstücksverkehr. Welche Grundstücke sind es, die für 1,5 Millionen Euro verkauft werden sollen? Welche Grundstücke sind es, die einen Gewinn von 300.000,00 € erwirtschaften sollen? Natürlich mag dies nichts für die Öffentlichkeit sein, es ist aber mit Sicherheit etwas für die Mitglieder des Rates, die hierzu Beschlüsse fassen sollen.

Wir als Mitglieder des Rates sollen hier Beschlüsse fassen, ohne die zugrunde liegende Einzelheiten zu kennen. Es mag ja sein, dass manche damit leben können. Ich darf Sie aber daran erinnern, dass wir gerade in den letzten Monaten immer wieder als Standartausrede gehört haben „das haben wir nicht gewusst. Darüber waren wir nicht informiert“. Wollen Sie auch hier eines Tages sagen: „das haben wir nicht gewusst“ ?

Die BBL verfügt über den hinreichenden Sachverstand, um derartige Dinge lesen und erkennen zu können. Das betrifft nicht nur den kaufmännischen Teil. Die Vehemenz, mit der uns der Zugang zu den für die Entscheidungsfindung relevanten Daten verwehrt wird, kann doch objektiv nur eins bedeuten:

Man fürchtet gerade diese Kompetenz. Man fürchtet, wir könnten Dinge erkennen und offen legen, die nicht offen gelegt werden sollen.

In gewisser Weise, meine Damen und Herren, ist diese Befürchtung aber auch ein nicht unerhebliches Lob für die Kompetenz der BBL.

Noch andere Gründe sprechen gegen den Entwurf dieses Haushaltes.

Der Bürgermeister hat uns als gesichert versprochen, die Personalausgaben, insbesondere im Bereich Reinigung und Musikschule, sehr deutlich zu reduzieren. Der Entwurf sieht dagegen weder in diesem noch in den nächsten Jahren eine Reduzierung vor. Hier wird das Klassenziel vollständig verfehlt.

Die Investitionskosten für Neubauten und Umbauten der Schulen finden sich in der Position „bauliche Unterhaltung Hochbauten“. Aus den Ansätzen ergibt sich:

Hier ist schon die Entscheidung vorweggenommen, die angeblich noch gar nicht getroffen ist und gegen die auch seitens anderer Fraktionen erhebliche Bedenken bestehen: die Entscheidung zu Gunsten PPP Schulen.

Hier ergibt sich aber auch :

Nach den bisherigen Informationen und dem bisher geplanten PPP Model rechnete die Verwaltung mit rund 1,2 Millionen Euro Belastung jährlich für dieses Projekt. Bei der Gesamtbelastung für „bauliche Unterhaltung Hochbauten“ mit 1,36 Millionen Euro kann das nicht sein. Der Restbetrag würde für die bauliche Unterhaltung der übrigen Gebäude der Stadt nicht ausreichen. Also spricht vieles dafür, dass die erst in der letzten Woche vom Bürgermeister als „Neu“ angekündigte Änderung mit einer abgespeckten Version und Kosten von nur noch etwa einer halben Million Euro in diesem Entwurf, der nun schon einige Monate eingebracht ist, bereits berücksichtigt ist. Möglicherweise hat man uns hier in den letzten Monaten wesentliche Absichten und Entwicklungen verschwiegen.

Ich weiß, dass dies zum Teil Spekulation ist. Ich bin aber darauf angewiesen zu spekulieren, weil man mir eben die zugrunde liegenden Einzeldaten nicht gibt. Gäbe man mir diese Daten, hätte ich Ihnen hier jetzt Gewissheiten nennen können.

Die Personalkosten, um darauf noch einmal zurückzukommen, sind in der Prognose für die nächsten Jahre gleich bleibend. Tarifierhöhungen sind nicht eingearbeitet. Wenn jetzt argumentiert wird, dass sich dies mit Personalabbau ausgleicht, ist dies nicht zutreffend. Es gibt einige Personalkostentitel ohne jegliche Erhöhung, die ich Ihnen auf Anfrage gerne nenne, bei denen ein Personalabbau weder vorgesehen noch möglich ist.

Derartige Dinge könnte ich Ihnen noch zahlreich aufzählen.

Angesichts offensichtlich fehlender Kosten muss man nicht Prophet sein um zu prognostizieren, dass der bis 2010 vorgesehene Haushaltsausgleich mit diesem Entwurf jedenfalls nicht machbar ist.

Sie können bei objektiver Betrachtung nicht erwarten, dass wir einem Haushaltsentwurf zustimmen, bei dessen Aufstellung und Beratung die Grundsätze vertrauensbildender Maßnahmen missachtet werden.

Gestatten Sie uns deshalb eine gesunde Portion Misstrauen. Schließlich ist es die Aufgabe des Rates, die Verwaltung zu kontrollieren. Stände nicht Lage um 3,6 Millionen Euro besser da, hätte es in der Vergangenheit etwas mehr gesundes Misstrauen und etwas mehr objektive Kontrolle gegeben?

Dabei gilt es auch noch zu berücksichtigen:

Lage steuert immer mehr auf eine von Politik losgelöste Verwaltung zu. Ich erinnere an den Beschluss zum Immobilienvermarktungskonzept. Ich habe bereits an anderer Stelle öffentlich darauf hingewiesen, dass seit diesem Beschluss praktisch alle Gewerbegrundstücke in Lage, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ohne Einfluss der Politik ausschließlich durch den Bürgermeister und die Verwaltung veräußert werden können. Die Art der Gewerbeansiedlung liegt nicht mehr in den Händen der Politik. Auch in diesem Zusammenhang ist uns die Auskunft über Einzelheiten verweigert worden. Die Vertreter der Bürgerinnen und Bürger werden künstlich unwissend halten.

Diese Tendenz zeigt sich auch noch in anderen Beispielen:

Die Beantwortung von Anfragen der BBL auf konkrete Fragen unter anderem im Zusammenhang mit Verantwortlichkeiten und Schadensverursachungen im Bereich HGL werden seit Monaten planmäßig verzögert. Andere Antworten, die kurzfristig hätten erledigt werden könnten, sind teilweise schon seit fast 2 Jahren überfällig.

Immer wieder mussten wir kritisieren, dass Beschlussvorlagen sehr spät, sehr häufig erst als Tischvorlage vorgelegt werden. Das lässt den Fraktionen nicht die Möglichkeit, ausreichend zu prüfen.

Es zeigt aber die Linie:

Ausreichende und rechtzeitige Information der Ratsmitglieder scheint nicht gewünscht zu sein.

Dieser Haushaltsplanentwurf ist einerseits in vielen Positionen inhaltlich unzulänglich, andererseits in vielen Positionen für uns überhaupt nicht überprüfbar.

Wir werden ihm deshalb nicht zustimmen.